

Beschluss

Programm zur Landtagswahl 2011: Kapitel 1

Green New Deal für die Zukunft von Baden-Württemberg

Die Anzeichen mehren sich, dass es nach der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise in Baden-Württemberg wirtschaftlich wieder aufwärts geht. Baden-Württemberg, als einer der wichtigsten Industriestandorte in Europa, wurde von der Krise besonders stark erfasst. Die Unternehmen im Land erlebten nie gekannte Umsatzeinbrüche. 2009 waren in Baden-Württemberg 240.000 Beschäftigte in Kurzarbeit – mehr Menschen, als im öffentlichen Dienst des Landes beschäftigt sind. Stuttgart avancierte zur bundesdeutschen Hauptstadt der Kurzarbeit. Und mit der Kurzarbeit hielt die Angst um den Arbeitsplatz Einzug.

Auch wenn es wieder aufwärts zu gehen scheint: Während CDU und FDP aus Angst vor Veränderungen alles beim Alten lassen wollen, nehmen wir GRÜNEN die Krise ernst und wollen die ökonomische Leistungsfähigkeit unseres Landes nachhaltig stärken. Wichtige Rohstoffe unseres Landes sind Wissen und Ideen. Deshalb müssen wir die Forschung und Entwicklung unterstützen, um konkurrenzfähige Produkte für einen globalen Markt herzustellen. Und konkurrenzfähig sind mittel- und langfristig genau die Produkte, die den Umgang mit knappen Ressourcen am effizientesten erlauben.

Wir benötigen Wirtschaftsabläufe, welche die ökologischen Ressourcen unserer Erde und das soziale Potential unserer Gesellschaft nutzen, aber keinen Raubbau daran betreibt. Die dafür nötige Weiterentwicklung schaffen wir mit einem schrittweisen Wandel unserer Wertschöpfungsbasis hin zu einer humanen und ökologischen Wirtschaft. Dabei haben wir unseren eigenen Lebensstil selbstkritisch zu hinterfragen und neu zu bewerten. Eine Verschwendung von Ressourcen im heutigen Ausmaß können wir uns nicht länger leisten. Der unkontrolliert steigende Energieverbrauch treibt die Preise in die Höhe. Die globale Wirtschafts-, Finanz- und Klimakrise haben eine gemeinsame Ursache: zu wenig Nachhaltigkeit. Deshalb müssen wir die Art und Weise des Wirtschaftens überdenken.

Auch unser bisheriges Verständnis von Leistung und Wirtschaftswachstum hat Schwächen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein Maß für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft und stellt den Gesamtwert aller Güter, Waren und Dienstleistungen dar, die innerhalb einer Volkswirtschaft in einem bestimmten Zeitraum hergestellt werden. Damit ist das BIP eine wichtige ökonomische Kenngröße und dient einer stabilitätsorientierten Geldpolitik. Wichtige Aspekte wie Gesundheit, Lebensqualität, Bildung und Umwelt werden bei der Berechnung des BIPs nur dann erfasst, wenn deren Entwicklung mit monetären Transaktionen verbunden ist. Zudem bleibt bei der Berechnung des BIP auch die so genannte Versorgungsökonomie – zu der unbezahlte, soziale und ehrenamtliche Tätigkeiten ebenso wie die Selbstversorgungswirtschaft gehören – unberücksichtigt. Wir GRÜNEN wollen eine ökologisch nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, die den Menschen dient. Um die richtigen wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidungen für die Zukunft unseres Landes treffen zu können, brauchen wir ein weiter entwickeltes Wachstumsverständnis. Vor diesem Hintergrund schlagen wir neben dem BIP die Verwendung weiterer Indizes vor, mit denen bisher nicht erfasste Werte/ und Wohlstandsgrößen erfasst werden.

Es geht nicht um immer mehr quantitatives Wachstum, sondern darum, nachhaltig qualitative Werte für die Gesellschaft zu schaffen. Insbesondere Baden-Württemberg mit seiner energie- und ressourcenintensiven Maschinenbau- und Automobilindustrie steht vor der Herausforderung, zukünftig mit weniger Ressourcen und Energie auskommen zu müssen, klimaverträglich wirtschaften zu lernen und Wege zu finden, alle Menschen am Wohlstand teilhaben zu lassen. Es wird höchste

Zeit, wirtschaftliches Wachstum vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Wir wollen den Ideenreichtum, die Innovationskraft und die Forschungskapazitäten unseres Landes mobilisieren, indem wir auf Qualität statt auf Quantität setzen.

Wir sind der Überzeugung, dass wir in Baden-Württemberg eine ökologische Lebens- und Wirtschaftsweise erreichen können, die auch bei langfristig steigenden Preisen für Energie und Rohstoffe Arbeitsplätze sichert und den sozialen Ausgleich ermöglicht. Wir GRÜNEN unterstützen die Bestrebungen von Unternehmen und Selbstständigen, bestehende Arbeitsplätze zu sichern und in neuen, zukunftsträchtigen Branchen neue Arbeitsplätze zu schaffen - zum Beispiel im Bereich der Erneuerbaren Energien und in der Umwelttechnik. Die entsprechenden Arbeitsplatzpotenziale sind im Südwesten längst noch nicht ausgeschöpft. Wir machen uns stark für gute Bildung von klein auf, denn ein solides Bildungsfundament ist die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. In Anbetracht des Fachkräftemangels sind wissbegierige Kinder, motivierte Jugendliche und kreative Köpfe unser wichtigstes Potenzial.

Diese Überzeugungen teilen wir mit vielen BürgerInnen und WirtschaftsakteurInnen in Baden-Württemberg, die heute schon kreativ, ökologisch und gemeinwohlorientiert wirtschaften – von Handwerksspezialisten für Wärmedämmung über mittelständische Hersteller energiesparender Maschinen bis zu Beratungsfirmen für Green IT. Viele Menschen möchten in Unternehmen arbeiten, die hohen ökologischen und sozialen Standards folgen. Viele VerbraucherInnen suchen nach Mitteln und Wegen, das Klima weniger zu belasten, zum Beispiel beim Stromverbrauch und beim Lebensmittelkonsum.

Baden-Württemberg ist *der* Industriestandort Deutschlands. Der Anteil des produzierenden Gewerbes an der Wertschöpfung ist hier wesentlich höher als in den anderen Bundesländern und ragt auch im westeuropäischen Vergleich heraus. Die besondere Wirtschaftsstruktur Baden-Württembergs ist Chance und Risiko zugleich – und bedeutet eine besondere Verantwortung.

Wir wollen den Industriestandort Baden-Württemberg ökologisch umbauen. Wir wollen international beweisen, dass man in einem industrialisierten Land mit viel weniger Energie und Ressourcen auskommen und dennoch gut leben und Arbeitsplätze sichern kann. Dafür müssen wir die Weichen richtig stellen.

Gleichzeitig wollen wir im Dialog mit allen an Arbeitsprozessen Beteiligten erreichen, dass nachhaltige und gute Arbeitsplätze neu geschaffen und bestehende entsprechend umgewandelt werden. Dazu gehört neben einer den Menschen in den Mittelpunkt stellenden aktivierenden Arbeitsmarktpolitik ein Umdenken vom klassischen Acht-Stunden-Tag hin zu neuen Arbeitszeitmodellen gerade in den klassischen Industriebereichen. Gerade ältere ArbeitnehmerInnen, oft bei Arbeitslosigkeit vom Absturz ins soziale Netz bedroht, könnten mit ihrem Fachwissen erhebliche Lücken schließen, gäbe es Arbeitsplätze, die ihren speziellen Bedürfnissen Rechnung tragen. Arbeit muss sich am Menschen orientieren, nicht umgekehrt. Wir GRÜNEN wollen dafür sorgen, dass Unternehmen und Bürgerschaft vor Ort die besten Rahmenbedingungen erhalten, um mit grünen Ideen erfolgreich zu sein – ob im regionalen Wirtschaftskreislauf oder auf dem Weltmarkt. Ökologische Ordnungspolitik ist dabei unser wichtigstes Instrument. Wir wollen den „Green New Deal“ für Baden-Württemberg.

Leitidee: Den Industriestandort Baden-Württemberg ökologisch umgestalten

Die Industrie prägt den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg in besonderer Weise. In den Unternehmen werden täglich Entscheidungen über den Verbrauch von Rohstoffen und von Millionen Kilowattstunden Energie getroffen. Immer mehr industriennahe Dienstleistungen werden angeboten. Dies wirkt sich auch auf internationale Produktionsstandorte aus. Oft sind es mittelständische Unternehmen, die innovative Wege zur ressourcenschonenden Produktion einschlagen.

Die Industrie in Baden-Württemberg hat sich in den letzten Jahrzehnten immer weiter spezialisiert. Es werden kaum noch Unterhaltungselektronik und elektrische Haushaltsgeräte hergestellt. Die Textilindustrie führt ein Nischendasein. Die Automobilindustrie hingegen ist von zentraler Bedeutung: Insbesondere der Mittlere Neckarraum ist davon wirtschaftlich so abhängig wie nie zuvor. Unser Ziel ist es, Baden-Württemberg zum ökologischen Industriestandort zu machen. Wir wollen die industrielle Kompetenz Baden-Württembergs zur Förderung grüner Ideen nutzen. Im Land des Maschinenbaus, der Feinmechanik und der Messtechnik könnte beispielsweise die Windkraft eine viel größere wirtschaftliche Rolle spielen, wenn wir die von CDU und FDP errichtete Blockade ein für alle Mal abbauen.

Umweltverträgliche und ressourcensparende Maschinen und Produkte made in Baden-Württemberg können die Abhängigkeit von Öl und anderen Ressourcen weltweit verringern und zur Schonung des Klimas beitragen. Zwei Drittel der baden-württembergischen Exporte gehen in Länder der Europäischen Union und in die Schweiz. Vor diesem Hintergrund muss sich die Landespolitik das Land auch auf europäischer Ebene für umwelt- und klimaschonende Rahmenbedingungen stark machen. Vom ehemaligen Ministerpräsidenten und jetzigen EU-Kommissar für Energie, Günther Oettinger, erwarten wir eine konsequent ökologische Energiepolitik, die den Herausforderungen des Klimawandels gerecht wird.

Baden-Württemberg als grüner Automobilstandort

Baden-Württemberg ist Standort eines der größten Automobilcluster der Welt. Allein in der Region Stuttgart hängen in einer tiefen Wertschöpfungskette 180.000 Arbeitsplätze vom Produkt Auto ab. Die baden-württembergischen Autohersteller und Zulieferer stehen vor enormen Herausforderungen: Ihr bisheriges Konzept, überwiegend mit großen Premiumwagen eine ausreichende Wertschöpfung zu erzielen, birgt erhebliche Risiken. Gerade in diesem Marktsegment waren in der jüngsten Wirtschaftskrise die höchsten Einbrüche zu verzeichnen. „Downsizing“ lautet die zaghafte Antwort aus der Industrie. Ihr bisheriges Konzept, ausschließlich mit großen Premiumwagen eine ausreichende Wertschöpfung zu erzielen, geht nicht mehr auf. „Downsizing“ lautet die zaghafte Antwort aus der Industrie.

Wir haben ein ökologisches „Premium“-Entwicklungsziel. Das Motto lautet: kleiner, leichter und effizienter. Die letzten zwei Jahre haben gezeigt, dass die europäische Nachfrage nach kleinen, leichten, energieeffizienten Autos immer mehr steigt. Auch die Weichen für eine ökologische Ordnungspolitik müssen auf europäischer Ebene gestellt werden. Der frühere Ministerpräsident Oettinger hat durch Druck auf Berlin, Brüssel und die osteuropäischen Staaten daran mitgewirkt, ambitionierte CO₂-Grenzwerte für PKW zu verhindern, und damit der baden-württembergischen Wirtschaft einen Bärendienst erwiesen. Wir wollen, dass die CO₂-Grenzwerte für PKW nicht noch weiter verwässert werden, und uns mittelfristig dafür einsetzen, dass sie dem Entwicklungsstand entsprechend weiter gesenkt werden. Die Grenzwerte für leichte Nutzfahrzeuge müssen strengeren Anforderungen genügen.

Das Öl wird knapp, doch die heimische Industrie hat die Entwicklung neuer Antriebstechnologien in trauter Eintracht mit CDU und FDP verschlafen. Gegen den weltweiten Trend ausschließlich am Verbrennungsmotor festzuhalten, ist für die baden-württembergischen Zulieferer ein riskantes Unterfangen, das Arbeitsplätze gefährdet. Ökologisch reicht es jedoch nicht aus, den Verbrennungsmotor einfach gegen einen Elektromotor auszutauschen. Notwendig ist vielmehr eine Senkung des Energieverbrauchs bei allen Verkehrsmitteln. Wir brauchen neue und intelligente Mobilitätskonzepte für urbane und ländliche Räume, damit alle Verkehrsmittel – vom Fahrrad über Bus und Bahn bis hin zum Elektroauto für Kurzstrecken – sinnvoll und bequem miteinander kombiniert werden können. Klar ist auch, dass Elektrofahrzeuge – und das sind neben Autos auch Fahrräder, Roller und Züge – nur dann umweltverträglich und zukunftsfähig sind, wenn sie mit Strom aus Erneuerbaren Energien angetrieben werden.

Unsere Forderungen im Einzelnen:

- ◆ Wir wollen die Forschung zu neuen Antriebs- und Energiespeichertechnologien und die Batterieforschung im Land vernetzen und ihre Entwicklung voranbringen. Vom Bund stehen dafür ausreichend Fördermittel zur Verfügung. Bei Neuentwicklungen müssen von Anfang an intelligente Recyclingprozesse mitbedacht werden.
- ◆ Die Ziele der neu gegründeten Landesagentur für Elektromobilität müssen erweitert werden: Sie soll sich nicht nur mit Mobilität beschäftigen, sondern sich auch dem für die Erneuerbaren Energien entscheidenden Problem der Energiespeicherung zuwenden. Mobile Anwendungen wird die Industrie jedoch selbst entwickeln, wenn das Speicherproblem erst einmal gelöst ist.
- ◆ Wir laden ein zum Dialog über grüne Automobil-Konzepte. Es ist für die ökologische und ökonomische Entwicklung keineswegs gleichgültig, worüber politische Führungskräfte sprechen. Wir wollen weiterhin und erst recht in der Regierungsverantwortung mit führenden Automobilunternehmen, Gewerkschaften, Umweltgruppen und Verbraucherverbänden ökologische Leitbilder für die Autobranche entwickeln und bei den VerbraucherInnen dafür werben. Die Industrie soll eigene Versäumnisse nicht länger mit einer angeblich zu geringen Nachfrage begründen können.
- ◆ Wir setzen auf Umstieg statt auf Ausstieg: Zulieferer sollen ihre technologische Kompetenz nutzen, um ihre Abhängigkeit vom Automobil zu verringern. Dazu sollte das Land eine Potenzialanalyse erstellen und insbesondere für kleine und mittelständische Zulieferer eine Informationsplattform zu zwei Themen bereitstellen: Zum einen für die Schnittstelle zu den Erneuerbaren Energien, deren Bedeutung weltweit zunimmt. Zum anderen zur Medizintechnik, bei der die in Baden-Württemberg vorhandenen Kompetenzen in der Mess- und Regeltechnik und in der Präzisions-Metallverarbeitung genutzt werden können. Dies zeigt sich auch im vom Bund geförderten Spitzencluster MicroTec Südwest.
- ◆ Vernetzte Mobilität, bei der nicht alles am Auto hängt, wird gerade von jungen Menschen immer mehr nachgefragt und gelebt. Sie hat ökologisches Potenzial. Das Elektroauto ist prädestiniert dafür, Teil- und Leihauto zu sein. Wir wollen die Heimat des Automobils zu einer Modellregion für vernetzte Mobilität machen. Wir wollen intelligente Carsharing-Konzepte, Software und Erfahrungswissen in die verstopften Metropolen dieser Welt exportieren. So können wir selbst neue Wertschöpfungsketten aufbauen, anstatt uns von anderen vorführen zu lassen, was möglich ist.
- ◆ Es gibt nicht nur PKW made in Baden-Württemberg. Auch die im Land produzierten Nutzfahrzeuge vom Transporter über große LKW bis hin zu Bussen sind weltweit im Einsatz – und das mit immer gravierenderen Folgen für das Klima. In Deutschland hat die Fahrleistung allein der leichten Nutzfahrzeuge bis 3,5 Tonnen von 1994 bis 2008 um 85 Prozent zugenommen. Auch hier bedarf es einer ökologischen Ordnungspolitik. Wir setzen uns dafür ein, dass der Vorschlag der EU-Kommission für eine CO₂-Regulierung für neu zugelassene leichte Nutzfahrzeuge ab 2014 umgesetzt wird. Dagegen setzt sich die bisherige schwarz-gelbe Landesregierung für die Verwässerung des Kommissionsvorschlags ein und hat im Bundesrat einen Beschluss bewirkt, der den Vorschlag der Kommission für wirtschaftlich nicht tragfähig erklärt. Wir betrachten angesichts der steigenden Ölpreise europaweite Grenzwerte nicht nur als ökologisch zwingend, sondern auch als ökonomische Chance für den Automobilstandort Baden-Württemberg.
- ◆ Auf der Schiene und auf dem Wasser lassen sich Güter wesentlich umweltverträglicher transportieren als auf der Straße. Es ist Aufgabe von Bund und Bahn, die Infrastruktur für den Gütertransport zügig auszubauen. Seit Jahren existiert ein von Bund und EU getragenes Förderprogramm zur Unterstützung des Kombinierten Verkehrs (KV), bei dem der Transport über verschiedene Verkehrsträger abgewickelt wird. Auch Gleisanschlüsse privater Unternehmen werden gefördert. In der Praxis tut sich allerdings nur wenig. Wir wollen erreichen, dass Unternehmen in Baden-Württemberg diese Angebote besser nutzen.

Grüne Informationstechnik (Green IT)

Die Informationstechnik verbraucht immer mehr elektrische Energie und die Herstellung von Geräten wie Computern und Handys benötigt immer mehr knappe Rohstoffe. In Deutschland entfallen auf den Betrieb von Servern, PCs und Notebooks schon etwa 10 Prozent des jährlichen Energieverbrauchs. Auf globaler Ebene werden etwa 2 Prozent aller CO₂-Emissionen durch Einrichtungen der Informationstechnik verursacht – Tendenz steigend.

Dieser Entwicklung nachhaltig entgegen zu wirken ist auch Aufgabe der Landespolitik. Denn das Land selbst und die Kommunen sind Betreiber zahlreicher Einrichtungen der Informationstechnik:

- ◆ Da Server viel elektrische Energie ungenutzt in Wärme umwandeln, müssen Server-Räume durch Klimaanlage gekühlt werden. In der Ökobilanz der neuen Kommunikationswelt schlägt nicht nur die geringe Energie-Effizienz der Server negativ zu Buche, sondern auch der Stromverbrauch der Server-Klimaanlagen selbst. Deshalb sollten Server-Kühlanlagen des Landes auf effiziente Kühlverfahren umgestellt werden. Die Investitionskosten werden sich innerhalb kurzer Zeit amortisieren.
- ◆ Tausende von kommunalen Gemeindeverwaltungen in Baden-Württemberg betreiben aber tausende Computer in Bürgermeisterämtern, Büchereien, Kindergärten, Bauhöfen und anderen Einrichtungen. Durch den Einsatz von stromsparenden Techniken wie sie von Notebooks und Netbooks bekannt sind, gehört es zu den Aufgaben der Kommunen, als gutes Beispiel voranzugehen und sich bei Neubeschaffungen konsequent für den Einsatz stromsparender Geräte einzusetzen. Ein Beschaffungsleitfaden ist entsprechend zu erstellen bzw. zu überarbeiten.
- ◆ Für Einrichtungen des Landes und der Kommunen sollen für die Beschaffung von Computer-Hardware für die gängigen Computer-Produkte Ausschlusskriterien hinsichtlich des maximal zulässigen Stromverbrauchs für Betrieb und Ruhezustand festgelegt und von den Anbietern eine verbindliche Erklärung verlangt werden, dass keine giftigen Stoffe, wie Arsen, bromierte Flammschutzmittel, Quecksilber, Weichmachern (Phtalate) und PVC verwendet werden. Die Anbieter von Computer-Hardware sollen des Weiteren für die von ihnen angebotenen Produkte Kreislaufmodelle zur Wiederverwertung der verbauten Komponenten vorweisen können. Angestrebt wird eine Recyclingquote von mehr als 70 Prozent. Neben ökologischen sollen aber auch soziale Kriterien bei der Produktion berücksichtigt werden.
- ◆ Einfache Maßnahmen können darüber hinaus helfen, den wachsenden Strombedarf der Informationstechnik einzudämmen: Arbeitsplatz-PCs, Monitore und Drucker sollten außerhalb der Arbeitszeit vom Stromnetz getrennt werden. Server in kommunalen Einrichtungen können durch bekannte Techniken in einen Stromstar-Modus (Standby) versetzt werden, wenn sie längere Zeit nicht gebraucht werden, vorrangig in den Nachtstunden und am Wochenende.
- ◆ Auf europäischer Ebene muss dafür Sorge getragen werden, dass IT-Geräte durch eindeutig nachvollziehbare Angaben zu ihrem ökologischen Fußabdruck gekennzeichnet werden.
- ◆ „Green IT“ ist auch ein Thema der Umweltbildung: Für junge Leute gehört die Informationstechnik längst zum Alltag. Wir wollen in den Schulen und mithilfe der zahlreichen PR-Kanäle des Landes über die Umweltfolgen der Informationstechnik aufklären und erläutern, wie man bessere von schlechteren Produkten unterscheiden kann. Dies hat die bisherige Landesregierung versäumt. Die Investitionskosten werden sich innerhalb kurzer Zeit amortisieren.
- ◆ Das Land soll seine Hardware nicht nach dem Anschaffungspreis, sondern nach ökologischen Kriterien beschaffen. Für den Energieverbrauch muss hierbei der Lebenszeitzyklus zugrunde gelegt werden. Für knappe Ressourcen und toxische Stoffe sollen Kreislaufmodelle vorgegeben werden.
- ◆ Gleiches gilt für die Kommunen: Das Land soll die kommunalen Rechenzentren zur energiesparenden Modernisierung ihrer Server und zur ökologischen Beschaffung ihrer Hardware auffordern. Der Beschaffungsleitfaden ist entsprechend zu überarbeiten.
- ◆ Wir brauchen einen landesweiten Dialog zum Thema „Green IT“: Wie kann Baden-Württemberg dazu beitragen, über die Softwareentwicklung den steigenden IT-

Energieverbrauch auf der Welt einzudämmen? Inwieweit haben private Server ihre Betriebe energieoptimiert?

- ◆ „Green IT“ ist auch ein Thema der Umweltbildung: Für junge Leute gehört die Informationstechnik längst zum Alltag. Wir wollen in den Schulen und mithilfe der zahlreichen PR-Kanäle des Landes über die Umweltfolgen der Informationstechnik aufklären und erläutern, wie man bessere von schlechteren Produkten unterscheiden kann. Dies hat die bisherige Landesregierung versäumt. Auf europäischer Ebene muss dafür Sorge getragen werden, dass IT-Geräte mit nachvollziehbaren Angaben zu ihrem ökologischen Fußabdruck gekennzeichnet werden.

Leitidee: Baden-Württemberg beim Klimaschutz zur europäischen Musterregion entwickeln

Wollen wir verhindern, dass die globale Durchschnittstemperatur um mehr als 2 C steigt, müssen die Industrieländer laut Weltklimarat (IPCC) ihre Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050 um 90–95 Prozent reduzieren. Für die Industrieländer bedeutet dies eine ungeheure Herausforderung, da die Strom- und Wärmeerzeugung, aber auch der Verkehr fast vollständig auf emissionsfreie Alternativen umgestellt werden müssen. Aus unserer Sicht geht es bei der Lösung der mit dem Klimawandel einhergehenden Probleme um nichts weniger als um eine dritte industrielle Revolution.

Baden-Württemberg gehört zu den Regionen in Deutschland, die von zukünftigen Klimaveränderungen besonders stark betroffen sein werden. Zwar hat die Landesregierung in den vergangenen Jahren – im Fall des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes auch mit unserer Unterstützung – einzelne Vorhaben zur Senkung des CO₂-Aufkommens auf den Weg gebracht. Gemessen an den Herausforderungen reichen die bislang ergriffenen Maßnahmen aber bei Weitem nicht aus.

Nach wie vor gibt es in zahlreichen Bereichen (z.B. bei der Gebäudesanierung, der Stromerzeugung, im Verkehrssektor und in der Abfallwirtschaft) erhebliche, bislang völlig ungenutzte CO₂-Minderungspotenziale. Wichtige Teilbereiche der Klimaschutzpolitik liegen dank der bisherigen CDU/FDP-Regierung seit geraumer Zeit brach. Sogar Rückschritte sind zu verzeichnen, wie der rückläufige Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung an der Stromerzeugung zeigt.

Für eine Technologieregion wie Baden-Württemberg birgt die notwendige grundlegende ökologische Modernisierung der Energieerzeugung und -nutzung große wirtschaftliche Chancen. Im Bereich der industriellen Fertigung, des Handwerks und des Dienstleistungssektors können Tausende neuer Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir wollen Baden-Württemberg in puncto Klimaschutz zu einer europäischen Musterregion entwickeln. Mit einem ambitionierten Energie- und Klimaschutzkonzept wollen wir die Treibhausgase bis 2020 gegenüber dem Jahr 1990 um 40 Prozent verringern. Im Zentrum steht dabei für uns die konsequente Anwendung der drei „E“s: Energieeinsparung, Einsatz erneuerbarer Energien und Erhöhung der Energieeffizienz.

Leitidee: Am Atomausstieg festhalten und Neckarwestheim I und Philippsburg I abschalten

Die von der schwarz-gelben Bundesregierung beschlossene Laufzeitverlängerung, die in enger Absprache mit der Atomwirtschaft und mit massiver Unterstützung durch Ministerpräsident Mappus und seine Umweltministerin Tanja Gönner zustande kam, ist ein Generalangriff auf die maßgeblich von uns GRÜNEN auf den Weg gebrachte Energiewende. Selbst störanfällige und nicht gegen den Absturz von Flugzeugen gesicherte Uraltreaktoren wie Neckarwestheim I und Philippsburg I sollen nun mindestens acht Jahre länger als bislang vorgesehen laufen. Dank milliardenschwerer Zusatzprofite sind die Nutznießer dieser Politik einzig und allein die vier großen deutschen Stromkonzerne, darunter die EnBW.

Sollten sich CDU und FDP mit ihrem Vorhaben durchsetzen, müssten wir in Baden-Württemberg nicht nur bis mindestens 2040 mit der Hochrisikotechnologie Atomkraft leben. Darüber hinaus kämen jedes Jahr bundesweit auch noch rund 400 Tonnen hochradioaktiven Atommülls hinzu. Die bestehenden Zwischenlager in Neckarwestheim und Philippsburg würden nicht ausreichen, um den zusätzlichen Atommüll aufzunehmen. Zudem weiß bis heute niemand, wo er über Jahrtausende hinweg sicher endgelagert werden kann. Die Folge wäre eine Wiederaufnahme gefährlicher Atommülltransporte quer durch die Republik in die zentralen Zwischenlager Ahaus und Gorleben.

Die Betreiber der hochprofitablen Atomkraftwerke werden alles daransetzen, sich ungeliebte Konkurrenz vom Hals zu halten. Als Folge einer Laufzeitverlängerung droht daher ein drastischer Rückgang beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Dies wiederum würde massiv zu Lasten der zwischenzeitlich milliardenschweren Wertschöpfung in der regenerativen Energietechnik gehen und Tausende von Arbeitsplätzen kosten.

Die seit Jahren von allen Seiten beklagte Marktdominanz der großen Stromkonzerne würde mit einer Laufzeitverlängerung auf Jahrzehnte hinaus zementiert. Leidtragende wären kleine regionale Energieversorgungsunternehmen und die Stadtwerke, die im Vertrauen auf den Atomausstieg in den letzten Jahren verstärkt in den Aufbau eigener Erzeugungskapazitäten investiert haben. Weniger Wettbewerb bedeutet für die VerbraucherInnen in der Regel höhere Strompreise.

Das von der Bundesregierung geplante Vorgehen, die Laufzeitverlängerung ohne Beteiligung des Bundesrats umzusetzen, ist verfassungswidrig. Diese Auffassung wird selbst durch Rechtsgutachten gestützt, die vom CDU-geführten Bundesumweltministerium in Auftrag gegeben wurden. Wir sind deshalb zuversichtlich, dass die geplante Laufzeitverlängerung mit einem entsprechenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts und einer sich daran anschließenden Abstimmung im Bundesrat zu Fall gebracht werden kann.

Mit der von uns angestrebten Abwahl der jetzigen CDU/FDP-Landesregierung würde die Zahl der Länder, die eine Laufzeitverlängerung ablehnen, weiter wachsen. Dies hätte unmittelbare Auswirkungen auf die Abstimmungsverhältnisse im Bundesrat. Zudem würde sich der Druck auf die Bundesregierung, von ihrem in weiten Teilen der Bevölkerung auf Ablehnung stoßenden Vorhaben Abstand zu nehmen, massiv erhöhen.

Unser Ziel ist es, Baden-Württemberg zum Vorreiter nachhaltiger Energieversorgung zu machen. Dafür wollen wir die Rahmenbedingungen so ausgestalten, dass Energie zukünftig möglichst sicher, erneuerbar und effizient erzeugt sowie sparsam verwendet wird. Wir werden den Landtagswahlkampf intensiv dazu nutzen, bei den BürgerInnen für eine Energiewende und für ein Festhalten am beschlossenen Atomausstiegspfad zu werben. Dies hätte zur Folge, dass das AKW Neckarwestheim I sofort vom Netz geht und der Reaktor Philippsburg I spätestens im Jahr 2012 abgeschaltet wird.

Energieversorger für die Sanierung atomarer Altlasten zur Kasse bitten

Deutschland braucht ein Endlager für den Atommüll. Der Standort Gorleben wurde in den 1970er-Jahren nachweislich aus politischen Gründen und nicht wegen seiner geologischen Eignung ausgewählt. Die Erfahrungen mit dem Salzstock Asse bestätigen uns in der Überzeugung, dass der Salzstock Gorleben für ein Endlager ungeeignet ist. Wir fordern eine neue Endlagersuche in Deutschland, auch in anderen geologischen Formationen.

Die Energiekonzerne müssen an den Kosten, die bei der Nutzung der Atomenergie aufgelaufen sind, stärker beteiligt werden – etwa beim Rückbau der atomaren Versuchsanlagen des ehemaligen Kernforschungszentrums Karlsruhe. Die Kosten hierfür belaufen sich offiziell auf rund 4 Mrd. Euro. Nach bisheriger Planung sollen sie zum überwiegenden Teil auf die öffentliche Hand abgewälzt werden. Die Sanierungskosten für das atomare Endlager im ehemaligen Salzbergwerk Asse gehen

in die Milliarden. Mehr als die Hälfte des dort über Jahre hinweg kostenlos eingelagerten Atom-
mülls stammt aus Baden-Württemberg.

Unser Nachbarland Schweiz hat bereits einen Prozess der Endlagersuche gestartet, in dem fast aus-
schließlich Standorte in direkter Nähe zur deutschen Grenze untersucht werden. Wir fordern, dass
diese Suche ergebnisoffen und ohne Vorfestlegungen von einer wirklich unabhängigen ExpertIn-
nengruppe durchgeführt wird. Die Interessen der südbadischen Bevölkerung müssen in einer aus-
geweiteten Betroffenheitsregion von mindestens 30 Kilometer nördlich der Schweizer Landesgren-
ze über einen Staatsvertrag gesichert werden.

Aber auch nach einer einwandfrei festgestellten Eignung eines Schweizer Endlagerstandortes in
Grenznähe kann es nur eine Zustimmung hierfür geben, wenn die Schweiz auf den Neubau von
Atomkraftwerken verzichtet.

Leitidee: Erneuerbare Energien und Energieeffizienz stärken

Geht es nach CDU und FDP, werden die erneuerbaren Energien bei der Stromerzeugung in Baden-
Württemberg auch in Zukunft lediglich ein Schattendasein führen. Im Jahr 2020 sollen gerade
einmal 20 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Quellen stammen, obwohl deren Anteil bundes-
weit bereits heute ca. 18 Prozent beträgt. 80 Prozent des Stroms sollen auch weiterhin in Atom-
und Kohlekraftwerken erzeugt werden. Schwarz-Gelb strebt damit bei den erneuerbaren Energien
nur einen jährlichen Zuwachs von unter 0,5 Prozent an.

Energie aus Wind, Sonne, Biomasse und Wasser

Ein eklatantes Beispiel für das Ausbremsen der Energiegewinnung aus erneuerbaren Quellen ist der
Umgang mit der Windenergie: Während bundesweit bereits über 7 Prozent des Stromverbrauchs
durch Windenergie abgedeckt werden, sind es in Baden-Württemberg gerade einmal 0,7 Prozent.
Mit dem für 2020 von CDU und FDP anvisierten Ausbauziel von 1,7 Prozent bleiben wir weit hin-
ter unseren Möglichkeiten zurück. Das topografisch ähnliche, aber wesentlich kleinere Nachbarland
Rheinland-Pfalz erzeugt schon heute mehr Windstrom, als die Regierung Mappus für das Jahr
2020 anvisiert.

Wir GRÜNEN wollen Baden-Württemberg beim Ausbau der erneuerbaren Energien an die Spitze
der Bundesländer bringen. Die Restriktionen, die den Ausbau der Windenergie behindern, wollen
wir zügig beseitigen. Dazu wollen wir das Landesplanungsgesetz ändern. Dort hat die bisherige
schwarz-gelbe Mehrheit starr vorgegeben, dass für die Windkraft nur Ausschluss- und Vorrangge-
biete geplant werden können, nicht jedoch Vorbehaltsgebiete wie in den meisten anderen Bundes-
ländern. Regionalpläne, in denen ungeeignete Vorranggebiete für Windkraft ausgewiesen sind,
sollen von der Landesregierung nicht mehr zugelassen werden. Zudem wollen wir Anlagenstandor-
te außerhalb bestehender Vorranggebiete planerisch sichern. Wir setzen uns dafür ein, dass Altan-
lagen möglichst bald durch moderne, leistungsfähigere Windkraftanlagen ersetzt werden. Bei ei-
nem konsequenten Ausbau der Windenergie können mittelfristig 10 Prozent des landesweiten
Strombedarfs durch Windenergie gedeckt werden.

Ein Schwerpunkt beim Ausbau der Windenergienutzung wird in den kommenden zwei Jahrzehnten
die Errichtung sogenannter Offshore-Windparks in Nord- und Ostsee sein. Bis 2030 werden Anla-
gen mit einer Leistung von mindestens 25.000 Megawatt in Betrieb gehen. Um den erzeugten
Strom auch für die Verbrauchszentren in Baden-Württemberg nutzbar zu machen, ist ein Ausbau
der Netzinfrastruktur unabdingbar. Gleichzeitig wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Stromnet-
ze flexibler und intelligenter gestaltet werden.

Mit der Erneuerbaren Zukunft der Stromerzeugung wächst auch der Bedarf nach Energiespeichern.
Sie sind ein wichtiger Baustein, damit wir Erneuerbare Energien auch dann in vollem Umfang nut-
zen und dadurch das Klima schonen können, wenn in wachsendem Maße fluktuierender Sonnen-
und Windstrom produziert und in die Netze eingespeist wird. Wenn mehr kurzfristig einsetzbare

Energiespeicher verfügbar sind, kann umso mehr auf fossile „Schattenkraftwerke“ zum Lastausgleich im Stromnetz verzichtet werden und damit ein positiver Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden.

Neben Druckluftspeichern stellen insbesondere Pumpspeicherwerke eine langjährig erprobte Technik dar, um größere Mengen an Strom kurzfristig zu speichern und bei Bedarf wieder ins Netz einzuspeisen.

Unser Ziel ist es, den ökologischen Fußabdruck neuer Projekte auf ein unabdingbar notwendiges Maß zu begrenzen. Darüber hinaus setzen wir bei derartigen Vorhaben auf eine frühzeitige und umfassende Beteiligung betroffener Bürgerinnen und Bürger und Interessengruppen. Sie sollen mittels Runder Tische oder Mediationsverfahren bei Variantenprüfung und Standortsuche und den darauf aufbauenden Planungsverfahren mitwirken können. Sichergestellt werden muss ein transparentes Verfahren mit einer fairen Abwägung, aller relevanten Belange.

Die Forschungsaktivitäten auf dem Gebiet neuer Speichertechnologien, etwa die Nutzung des Erdgasnetzes zur Speicherung von Ökostrom, wollen wir gezielt verstärken. Stärker als bislang wollen wir auch den umwelt- und naturschutzverträglichen Ausbau der Biomasseanlagen und der Wasserkraftwerke vorantreiben. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Realisierung von Bioenergiedörfern und dem Ausbau von mit regenerativen Energien gespeisten Nahwärmenetzen. Bislang sind weniger als ein Viertel der über 600 baden-württembergischen Biogasanlagen in eine ökologisch sinnvolle Wärmenutzung eingebunden. Diesen unter Effizienzgesichtspunkten unhaltbaren Zustand wollen wir so schnell wie möglich beseitigen. In Zusammenarbeit mit den Stadt- und Landkreisen wollen wir als Ergänzung zu den bestehenden Kompostierungsanlagen den Ausbau von Anlagen zur energetischen Verwertung von Bio- und Grünabfällen massiv vorantreiben.

Die Chancen, die der Ausbau der erneuerbaren Energien im Hinblick auf die Wertschöpfung und den Arbeitsmarkt eröffnet, wollen wir konsequent nutzen. Bereits heute gibt es in Baden-Württemberg weit über 100 Unternehmen – darunter viele Zulieferbetriebe –, die vom Ausbau der Windenergie profitieren. Ihr gegenwärtiges Umsatzvolumen beträgt bei etwa 4.300 Arbeitsplätzen rund 580 Mio. Euro. Arbeitsplätze und Umsatzvolumen lassen sich bis 2020 vervierfachen.

Welche Chancen die erneuerbaren Energien für den Arbeitsmarkt bieten, zeigt sich auch in der Solartechnologie. 2008 lag der Umsatz der Solarstrombranche in Baden-Württemberg bei rund 3,4 Mrd. Euro – ohne die Solarthermie. Von den etwa 10.000 Arbeitsplätzen in diesem Bereich entfallen rund 3.500 auf das Handwerk. Prognosen des Wirtschaftsministeriums zeigen, dass sich das Umsatzvolumen im Laufe der nächsten Legislaturperiode verdoppeln ließe. Dies würde die Schaffung mehrerer Tausend neuer Arbeitsplätze nach sich ziehen. Unser Leitziel ist die Umstellung der Energieerzeugung auf 100% Erneuerbare Energien. Besondere Chancen sehen wir dafür im dezentralen wohnortnahen Ausbau der Energieerzeugung.

Wir möchten ein Optimum an Akzeptanz und regionaler Wertschöpfung bei der Erzeugung von Erneuerbaren Energien in unserem Land erreichen. Zu diesem Zweck halten wir die direkte Beteiligungsmöglichkeit der Bürgerinnen und Bürger sowie der Kommunen und Stadtwerke an solchen Projekten für wichtig. Die Förderung von Bürgerkraft-Gesellschaften ist eine gute Möglichkeit Menschen ohne eigenes Hausdach in den Klimaschutz und in der regionalen Wertschöpfungskette einzubeziehen. Deshalb möchten wir diesen regionalen Akteuren einen Vorrang, z.B. durch ein Anteilskontingent, das nur von BürgerInnen und Bürgergesellschaften abgerufen werden kann, einräumen.

Die Steigerung der Energieeffizienz und Energieeinsparungen sind wesentliche Bestandteile unseres Energiekonzeptes zum Erreichen der Klimaschutzziele. Hierbei leisten die in den Stadt- und Landkreisen gegründeten Energieagenturen einen wichtigen Beitrag. Nach dem Auslaufen der Anschub-

finanzierung des Landes setzen wir uns dafür ein, dass gemeinsam mit den jeweiligen Trägern der Energieagenturen tragfähige Finanzierungskonzepte entwickelt und umgesetzt werden.

Gebäudedämmung

Zwei Themen werden die Energiepolitik des nächsten Jahrzehnts dominieren: der Klimaschutz und die Verknappung fossiler Brennstoffe. Die konsequente energetische Sanierung des privaten wie des öffentlichen Gebäudebestands gehört von daher zu den zentralen Herausforderungen der Zukunft. Weit über 70 Prozent der 2,3 Millionen Gebäude im Land wurden noch vor Verabschiedung der ersten Wärmeschutzvorschriften im Jahr 1978 errichtet. Bislang werden pro Jahr lediglich etwa 1,5 Prozent des Gebäudebestands einer energetischen Sanierung unterzogen. Es kann deshalb niemanden verwundern, dass der Wärmesektor nach wie vor für rund 30 Prozent der Treibhausgase im Land verantwortlich ist. Geht es im gegenwärtigen Tempo weiter, wird die energetische Sanierung des kompletten baden-württembergischen Gebäudebestands noch fast 50 Jahre dauern. Unser Ziel ist es, die Sanierungsquote im Land auf 3 bis 4 Prozent im Jahr zu steigern. Bei einer optimalen Sanierung ließe sich bei einem Großteil der Gebäude der Energieverbrauch um 60 bis 70 Prozent senken. Die damit einhergehenden CO₂-Emissionen und Energiekosten könnten im gleichen Maß verringert werden. Das Land als Bauherr soll in Zukunft seine Neubauten nur noch nach dem Passivhausstandard errichten. Auch dort, wo das Land das Bauen fördert wie bei der Wohnraumförderung oder durch Zuschüsse für Gebäude der Kommunen, soll das Land die Einhaltung des Passivhausstandard verlangen

Das mit unserer Unterstützung auf den Weg gebrachte baden-württembergische Erneuerbare-Wärme-Gesetz wollen wir umfassend weiterentwickeln. Bislang muss beim Austausch von Heizungsanlagen in bestehenden Wohngebäuden dafür Sorge getragen werden, dass zukünftig 10 Prozent des Wärmebedarfs durch erneuerbare Energien gedeckt werden. Das ist lediglich ein Einstieg. Wir wollen diese Quote weiter anheben und die Gesetzesanforderungen auf Nichtwohngebäude (z.B. Büro- und Verwaltungsgebäude, Schulen und Hochschulen, Geschäfte sowie Supermärkte) ausdehnen. Darüber hinaus wollen wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, das Mietrecht so zu reformieren, dass es für GebäudebesitzerInnen Anreize für eine verstärkte energetische Sanierung gibt.

Schon heute macht sich der Klimawandel im Land bemerkbar. Hitzeperioden nehmen zu. Als Reaktion darauf verstärkt nach Klimaanlageanlagen zu rufen führt uns energetisch in einen Teufelskreis. Besser gedämmte Gebäude sind auch die konsequente Antwort.

Strom sparen

Im Gegensatz zur Bundesregierung, die bis 2020 eine Stromeinsparung von mindestens 11 Prozent anstrebt, hat die bisherige CDU/FDP-Landesregierung keinerlei Einsparziele formuliert. Dabei gibt es in Industrie, Gewerbe, im Dienstleistungssektor und in den privaten Haushalten erhebliche Potenziale zur Stromeinsparung. In der Industrie gilt dies beispielsweise bei der Klimatechnik sowie bei Pumpen- und Druckluftsystemen. In den privaten Haushalten kann zum Beispiel durch sparsame Haushaltsgeräte, moderne Beleuchtungssysteme und den Austausch veralteter Heizungspumpen viel Strom eingespart werden. So verbrauchen moderne, elektronisch geregelte Heizungspumpen 70 bis 80 Prozent weniger Strom als die vielfach noch heute eingesetzten unregulierten Pumpen. Diese sind oftmals die größten Stromfresser in privaten Haushalten und schlagen bundesweit jährlich mit rund 14 Mrd. Kilowattstunden (kWh) zu Buche. Unser Ziel in der kommenden Legislaturperiode ist ein möglichst breit angelegtes Stromeinsparprogramm, mit dem wir das Einsparpotenzial umfassend erschließen wollen. Dazu gehört auch, dass wir uns für Tarifsysteme stark machen, bei denen ein niedriger Stromverbrauch pro Person durch einen niedrigeren Preis belohnt wird.

Die Kraft-Wärme-Kopplung ausbauen

Der effizienten Erzeugung von Strom und Wärme mittels Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) kommt in Zeiten des Klimawandels eine Schlüsselrolle zu. Landesweit gerät die KWK aber immer mehr ins Hintertreffen. Wurden im Jahr 2006 noch rund 6,7 Mrd. kWh mittels effizienter KWK-Technik erzeugt, waren es zwei Jahr später nicht einmal mehr 5,9 Mrd. kWh. Das sind weniger als 9 Prozent der landesweiten Stromerzeugung.

Mithilfe ordnungspolitischer Maßnahmen und finanzieller Anreize wollen wir den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung zu einem Schwerpunkt der baden-württembergischen Energiepolitik machen. Wir setzen hierbei insbesondere auf eine enge Zusammenarbeit mit den Stadtwerken und regionalen Energieversorgern. Nicht zuletzt aus Gründen des Klimaschutzes setzen wir uns dafür ein, dass die von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkte systematische Behinderung der KWK durch die Schwarz-gelbe Bundesregierung, beispielsweise durch die vorgesehene steuerliche Mehrbelastung der Fernwärme, nicht zum Tragen kommt.

Wo KWK drauf steht, muss aber auch ein hohes Maß an Energieeffizienz drin sein. Neue Kohlekraftwerke, deren Nutzen mit dem Ausbau der KWK begründet werden, aber deren erzeugte Wärme letztlich gar nicht oder nur zu einem Bruchteil genutzt wird, schaden dem Klimaschutz und diskreditieren die KWK-Technologie in der Öffentlichkeit. Die Auskopplung von Fernwärme und ein Ausbau von Fernwärmenetzen dürfen der schnellstmöglichen Abschaltung großer Kohlekraftwerke nicht im Wege stehen.

Den Wettbewerb fördern und die Stadtwerke stärken

Wir GRÜNEN machen uns dafür stark, dass endlich mehr Wettbewerb in den Energiemarkt einzieht. Wir unterstützen Städte und Gemeinden, die über eine Rekommunalisierung der Energieversorgung und die Gründung eigener Stadtwerke bzw. regionaler Energiedienstleistungsunternehmen nachdenken, nach Kräften, denn kommunale und regionale Energieversorger bieten nicht nur den Vorteil der Kundennähe, sondern auch die besten Voraussetzungen für dezentrale Energieerzeugungsstrukturen, die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien und eine Verbesserung der Energieeffizienz. Wettbewerbsverzerrende Hemmnisse wollen wir durch die konsequente Anwendung des Wettbewerbs- und Kartellrechts beseitigen. Ein fairer Wettbewerb stärkt die Position der Verbraucher und führt dazu, dass die Kommunen von den Gewinnen der Energiewirtschaft stärker profitieren. Um den Kommunen mehr Gestaltungsspielräume zu eröffnen, haben wir für die Kommunen, die die Konzession für ihre Stromnetze neu vergeben, den grünen Musterkonzessionsvertrag als Alternative zum Konzessionsvertrag der EnBW entwickelt.

Trennung von Netz und Erzeugung

Die Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien unterliegt Schwankungen. Deswegen müssen die Energienetze wachsen und intelligenter werden. „Super Grids“ können lokale und regionale Fluktuationen ausgleichen und Zugang zu großen Stromspeichern ermöglichen. „Smart Grids“ ermöglichen eine dezentrale Einspeisung und Speicherung und können Anreize bieten, die Nachfrage effizient anzupassen.

Leitidee: Weltweit mehr Gerechtigkeit schaffen

In einer globalisierten Welt endet die Verantwortung der Landespolitik nicht an den Landesgrenzen. Die Landesregierung hat ihr entwicklungspolitisches Engagement in den vergangenen Jahren in unverantwortlicher Weise zurückgefahren und statt Armutsbekämpfung Außenwirtschaftsförderung betrieben. Wir GRÜNEN fühlen uns den UN-Millenniumszielen verpflichtet und wollen, dass Baden-Württemberg sich aktiv an ihrer Umsetzung beteiligt.

Die entwicklungspolitische Bildungsarbeit vorantreiben

Wir wollen die entwicklungspolitische Bildungsarbeit im Land stärken und die in diesem Bereich tätigen Vereine, Förderkreise, Weltläden und Kommunen finanziell unterstützen. Nach dem Vorbild anderer Bundesländer wollen wir ein Netzwerk von Eine-Welt-PromotorInnen aufbauen. Die Aktivitäten im Rahmen der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ wollen wir konsequenter als bisher vorantreiben und besser in der schulischen und außerschulischen Bildungslandschaft verankern. „Globales Lernen“ und Umweltbildung müssen in Kindergärten, Schulen und Hochschulen zum pädagogischen Alltag gehören. Wir wollen Menschen aus Entwicklungs- und Schwellenländern mehr Bildungsmöglichkeiten bieten und den Anteil der Stipendien, die Studierenden aus Entwicklungsländern zu Gute kommen, erhöhen. Das bestehende Studienbegleitprogramm für Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika möchten wir ausbauen.

Partnerschaft mit Burundi

In den 1980er-Jahren hat der Landtag eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Burundi beschlossen. Entsprechende Aktivitäten sind jedoch längst eingeschlafen. Wir GRÜNEN setzen uns seit Jahren für eine Wiederbelebung dieser Partnerschaft ein und wollen damit einen Beitrag zu Armutsbekämpfung und zur Konsolidierung des burundischen Friedensprozesses leisten. Wichtig für eine kontinuierliche Zusammenarbeit ist der Aufbau von Strukturen, die Nichtregierungsorganisationen und Kommunen mit einbinden. Baden-Württemberg kann sich hierbei an den Erfahrungen der Länder Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen orientieren. Wir setzen uns dafür ein, dass die hier lebenden BurundierInnen aktiv in die Zusammenarbeit einbezogen werden, und wollen die Partnerschaft für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit im Inland nutzen.

Aufträge nachhaltig vergeben, fair handeln

Das Land soll bei Auftragsvergaben und bei der Beschaffung zukünftig seiner Vorbildfunktion gerecht werden. Die von uns vorangetriebene Regelung zur Vermeidung ausbeuterischer Kinderarbeit im Beschaffungswesen ist nur ein erster Schritt. Zukünftig geht es darum, Sozialstandards insgesamt besser zu verankern und den Anteil fair gehandelter Produkte zu erhöhen. Wir wollen, dass Baden-Württemberg sich klare Ziele für ein öko-soziales Beschaffungswesen setzt.

Frieden statt Waffen exportieren

Zu einer verantwortungsbewussten Politik gehört auch der kritische Umgang mit der baden-württembergischen Rüstungsproduktion und mit Rüstungsexporten. Wir GRÜNEN sehen mit Sorge, dass Deutschland nach den USA und Russland der weltweit drittgrößte Waffenexporteur ist und baden-württembergische Unternehmen hierbei eine Schlüsselrolle spielen.

Wir setzen uns deshalb sowohl im Land als auch auf Bundes- und Europaebene für den Umstieg dieser Industrien auf zivile Fertigung ein. Nachhaltige Grüne Friedenspolitik setzt vor allem auf zivile und diplomatische Mittel und hat Abrüstung zum Ziel. Wir wollen verstärkt zivilgesellschaftliche Akteure bei ihrer Arbeit für den Frieden unterstützen.

Die Forschungseinrichtungen, Universitäten und Hochschulen des Landes sollen ausschließlich friedliche Zwecke verfolgen. Um dies deutlich zu machen, befürworten wir die Einführung von Zivilklauseln in den Satzungen aller solcher Einrichtungen.

Leitidee: Dienstleistungen und kreatives Unternehmertum fördern

Der ökologische Umbau und der demografische Wandel wirken auf den Dienstleistungssektor. Das Handwerk profitiert mit allen Gewerken rund um das Thema Gebäudesanierung von höheren Klimaschutz-Anforderungen. Die Industrie wird vom Produzenten immer mehr zum wissensbasierten Dienstleister. Personennahe Dienstleistungen bei Gesundheit und Pflege werden durch den demografischen Wandel immer mehr nachgefragt. Engagement und Kreativität sind die Voraussetzungen für vielversprechende Innovationen. Wir wollen eine Wirtschaftsförderung und Verwaltung, die GründerInnen fördern und bei der Umsetzung ihrer Ideen unterstützen.

Unsere Ziele im Einzelnen:

- ◆ Im Gesundheits- und Pflegebereich steigt der Bedarf an Arbeitskräften. Gründe dafür sind der demografische Wandel, ein zunehmendes Gesundheitsbewusstsein und der medizinische Fortschritt. In Baden-Württemberg – dem Bundesland mit der höchsten Lebenserwartung – wurden 2007 pro Kopf 3.060 Euro für Gesundheitsleistungen ausgegeben. Der Gesundheitswirtschaft eröffnen sich also enorme wirtschaftliche Chancen. Um diese Chancen bestmöglich nutzen zu können, braucht es verlässliche politische Rahmenbedingungen und gut ausgebildete Fachkräfte.
- ◆ Frauenpower ist für eine innovative Wirtschaft unentbehrlich. Wir wollen mehr Frauen in Führungspositionen bringen und setzen uns für die Festlegung einer gesetzlichen Quote von 40 Prozent in Aufsichtsräten ein. Dass der öffentliche Dienst, in dem der Frauenanteil ohnehin hoch ist, mit gutem Beispiel vorangehen muss, ist für uns eine Selbstverständlichkeit.
- ◆ Wir wollen Baden-Württemberg zum Gründerland machen. Bis jetzt ist die Quote der Unternehmensgründungen und Selbstständigen unterdurchschnittlich. Wir brauchen mehr Menschen, die im wahrsten Sinne des Wortes etwas unternehmen wollen. In diesem Zusammenhang sollten wir auch verstärkt das Potenzial der sogenannten „Migrantenökonomie“ nutzen. Denn Menschen mit Migrationshintergrund sind oft besonders geneigt, sich beruflich selbstständig zu machen. Mit guter Beratung kann das Land einen Beitrag zur eigenständigen Existenzsicherung dieser Menschen, zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen und zur beruflichen und gesellschaftlichen Integration leisten. GründerInnen brauchen Freiräume und Beratungsangebote, die sie nach Bedarf nutzen können. Daher setzen wir uns für die Einführung eines grünen Gründungsberatungsgutscheins ein, der bei vom Land akkreditierten Beratungsstellen unter Eigenbeteiligung der GründerInnen eingelöst werden kann.
- ◆ GründerInnen sowie kleine und mittlere Unternehmen brauchen intelligente Finanzierungshilfen. Mit Kleinbürgschaften von bis zu 2 Mio. Euro und Eigenkapitalprogrammen der Bürgschaftsbank und der L-Bank wollen wir kleinen und mittleren Unternehmen dabei helfen, ihre größenbedingten Nachteile auf dem Kapitalmarkt auszugleichen. Denn für Banken sind Kleinfinanzierungen aufgrund der gesetzlichen Anforderungen im Kreditwesen oft nicht mehr attraktiv.
- ◆ Netzwerke für GründerInnen bündeln Know-how vor Ort und bieten Hilfe zur Selbsthilfe. Die Kontaktstellen „Frau und Beruf“ arbeiten bereits seit Jahren erfolgreich nach diesem Prinzip. Wir GRÜNEN wollen die Entstehung regionaler GründerInnen-Netzwerke fördern. Nach einer Anschubphase werden sich die meisten Netzwerke selbst tragen.
- ◆ Die großzügigen Bürgschaften, die das Land und der Bund im Zuge der Wirtschaftskrise übernommen haben, müssen wieder zurückgefahren werden. Einzelbetriebliche Hilfen im zwei- oder dreistelligen Millionenbereich sind ein schwerwiegender Eingriff in den Wettbewerb. Während sie dem einen Unternehmen kurzfristig helfen, Arbeitsplätze zu sichern, können sie bei einem Wettbewerber Arbeitsplätze vernichten. Wir sind nicht bereit, Steuergelder für Unternehmen bereitzustellen, die am Markt mittelfristig keine Chance haben, weil sie veraltete Produkte herstellen und sich ökologischen Modernisierungsmaßnahmen verweigern.
- ◆ Die Kreativwirtschaft zählt zu den umsatzstärksten Branchen in Baden-Württemberg. Die 50.000 Unternehmen, die hierzulande in der Kreativbranche tätig sind, beschäftigen über 400.000 Menschen. Mit einem jährlichen Umsatz von 50 Mrd. Euro zog die Kreativwirtschaft in den vergangenen Jahren fast mit dem traditionell starken Maschinenbau gleich. Erst durch parlamentarische Initiativen der GRÜNEN hat die Landesregierung das Potenzial von Theatern, Verlagen, bildender und darstellender Kunst, Architektur und Design, Telekommunikation etc. erkannt. Ein regelmäßiger Kulturwirtschaftsbericht wie in anderen Bundesländern soll dazu beitragen, die Entwicklungen in diesem Bereich zu analysieren und zu fördern.

Für ein modernes und transparentes Kammerwesen in Baden-Württemberg

Eine umfassende Reform des deutschen Kammerwesens halten wir für zwingend notwendig. Einige Kammermitglieder, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) fühlen sich nicht angemessen vertreten oder sehen keinen Nutzen in ihrer Mitgliedschaft.

Wir sprechen uns für eine einheitliche und schlanke Organisationsstruktur der Kammern aus. In diesem Zusammenhang muss eine Reduzierung der regionalen Kammern überprüft werden.

In ihrer Aufgabenwahrnehmung als Interessenvertretung aller Unternehmen, sollten die Kammern als Dienstleister und Unterstützer besonders für die KMU aktiv werden. Im Gegensatz zur Großindustrie verfügen diese nicht über die Mittel und Ressourcen, ihre Interessen gegenüber den Behörden und Institutionen vor Ort aber auch der Politik durchzusetzen und brauchen mehr Unterstützung bei innovativen Prozessen im internationalen Wettbewerb.

Als Selbstverwaltungseinrichtungen der Wirtschaft sind die Kammern dem Demokratieprinzip verpflichtet. Das heißt, dass alle Betroffenen die Möglichkeit haben müssen, sich am Willens- und Entscheidungsprozess der Kammern zu beteiligen. Für eine Erhöhung der gesetzlich vorgesehenen demokratischen Legitimation müssen die Kammern transparenter werden und mehr tatsächliche Mitwirkung zulassen.

Erklärungen und Stellungnahmen der Kammern sind nur dann zulässig, wenn sie unter Berücksichtigung des dafür vorgesehenen Verfahrens zustande gekommen sind. Grundsätzliche Festlegungen müssen vorab von der Vollversammlung mehrheitlich beschlossen werden.

Kammern sind keine politischen Parteien, sie müssen daher bei Äußerungen jeder Art, die notwendige Zurückhaltung und Sachlichkeit wahren.

Leitidee: Die Regionalwirtschaft stärken

Vor dem Hintergrund der zunehmenden internationalen Arbeitsteilung ist es wichtiger denn je, regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken. Wir brauchen Selbstständige sowie ortsansässige Handwerks- und Gewerbebetriebe, die Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen. Die knapper werdenden Ressourcen werden die Transporte von Gütern über weite Strecken zunehmend verteuern - und das ist für den Klimaschutz auch dringend notwendig. Darum werden regionale Dienstleistungen und Wirtschaftskreisläufe immer wettbewerbsfähiger. Diesen Prozess wollen wir verstärken.

- ◆ Das energiesparende Bauen und die Sanierung von Gebäuden ist die ökologische Dienstleistung, die in kurzer Zeit die größte CO₂-Einsparung bringt. Hier hat das Handwerk grünen Boden. Das Land muss die Kommunen verlässlich über das Klimaschutz-Plus-Programm bei der Sanierung ihrer Gebäude unterstützen. Während die bisherige schwarz-gelbe Landesregierung die bauliche Substanz landeseigener Gebäude verkommen ließ, wollen wir mit mehr Sanierungen landeseigenes Vermögen erhalten und Arbeitsplätze vor Ort sichern.
- ◆ Handwerk und Architektur müssen sich auf die Herausforderungen der Zukunft einstellen und entsprechend weiterbilden, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Für die Weiterbildungsmaßnahmen sind Innungen und Kammern zuständig. Das Land kann eine bessere Zusammenarbeit der Bauberufe über die Landesgrenzen hinaus anstoßen.
- ◆ Die Energieberatung ist eine Wachstumsbranche. In acht Stadt- und Landkreisen gibt es bislang keine regionalen Energie- und Klimaagenturen. Diese Lücke ist zu schließen.
- ◆ Baden-Württemberg ist ein Urlaubsland. Wir unterstützen einen naturorientierten und energieeffizienten Tourismus, der auf Landschaftserhalt und regionale Identität setzt, und machen uns für eine entsprechende Förderung durch Land und Kommunen stark.
- ◆ Gerade die kleinräumige Landwirtschaft in Baden-Württemberg bietet ein großes Potenzial für Warenströme und Wertschöpfung im Sinne einer Regionalwirtschaft.

- ◆ In Pilotprojekten ist zu überprüfen, inwieweit Landwirtinnen und Landwirte, die einen wichtigen Anteil zur ländlichen Gemeinschaft leisten, sich zu umfassenden Dienstleiterinnen und Dienstleistern weiterentwickeln können.
- ◆ Die Regionalvermarktung beispielsweise durch Regionalmarken soll gefördert werden. Ziel ist es, den Absatz regionaler Produkte aus der jeweiligen Region zu steigern und damit die nachhaltige Entwicklung der Region als Wirtschaftsraum zu fördern und zu intensivieren.

Leitidee Gute Arbeit und bessere Qualifizierung für Baden-Württemberg

Baden-Württemberg ist seit den Wirtschaftswunderjahren im Ländervergleich mit überdurchschnittlichen Wachstumsraten bei unterdurchschnittlichen Arbeitslosenzahlen gesegnet. Aber auch in Baden-Württemberg ist die Wirtschaft im Wandel. In dieser Entwicklung liegen Chancen: Allein die Erneuerbaren Energien haben bundesweit bisher rund 340.000 Arbeitsplätze geschaffen, und die Potenziale sind gerade in Baden-Württemberg längst nicht ausgeschöpft.

Die Wohlstandsversprechen der sozialen Marktwirtschaft, alle in Krisenzeiten gleichermaßen abzusichern und am Wachstum zu beteiligen, werden in der Realität immer weniger eingelöst. Wir GRÜNEN in Baden-Württemberg stellen mit unserem Green New Deal den Menschen in den Mittelpunkt. Mit einer Kombination aus Qualifizierung, Förderung, Sicherheiten und Innovationskraft ist auch bei veränderten Rahmenbedingungen ein hoher Beschäftigungsstand in einer sozialen und gleichzeitig ökologischen Marktwirtschaft möglich.

Die Arbeitslosigkeit ist auch in Baden-Württemberg weiter ein tief greifender sozialer Misstand. Dies hat auch die Wirtschaftskrise gezeigt. Durch die bundesweite Solidarität sind bei uns, der Hochburg der staatlich bezuschussten Kurzarbeit, insgesamt weniger Menschen arbeitslos geworden als befürchtet, aber: Die Krise ist noch nicht überwunden.

Die Wirtschaftskrise hat besonders junge Menschen schwer getroffen. Viele konnten gar nicht erst in den Arbeitsmarkt einsteigen. Auch viele Beschäftigte sind in einer prekären Situation, denn in zahlreichen Unternehmen läuft die Kurzarbeit aus.

Qualifizierungsoffensive für Baden-Württemberg

Anders als CDU und FDP sind wir der Ansicht, dass strukturelle und nicht nur konjunkturelle Ursachen für die steigenden Arbeitslosenzahlen verantwortlich sind: Baden-Württemberg ist *der* Industriestandort Deutschlands und von daher auch das Bundesland mit den meisten un- und angelernten Beschäftigten. Doch aufgrund des technologischen Wandels entfallen auch hierzulande immer mehr Arbeitsplätze für Geringqualifizierte. Betrug der Anteil der sogenannten Einfacharbeitsplätze im Jahr 1978 noch knapp 30 Prozent, lag er 2001 nur noch bei 14,8 Prozent. Bis 2015 wird er vermutlich auf 12,5 Prozent sinken. Je geringer die formelle Bildung, desto größer ist die Gefahr, arbeitslos zu werden. Ein solides Bildungsfundament ist daher die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit.

Andererseits herrscht in Baden-Württemberg quer durch alle Berufsgruppen ein Fachkräftemangel. Es ist unsere zentrale soziale und wirtschaftspolitische Aufgabe, einerseits die Arbeitsmarktchancen der Geringqualifizierten zu verbessern und andererseits Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel zu ergreifen.

Unsere Ziele: gute Arbeitsplätze, eine gerechtere Chancenverteilung beim Zugang zum Arbeitsmarkt und eine bessere Qualifizierung.

- ◆ Baden-Württemberg braucht eine starke Qualifizierungsoffensive. Dazu hat der Landtag auf Initiative der GRÜNEN die Enquête-Kommission zur Aus- und Weiterbildung eingerichtet. Berufliche Weiterbildung muss zu einem festen Bestandteil des Erwerbslebens werden.

Weiterbildungsangebote müssen für alle zugänglich und finanzierbar sein.

Weiterbildungsbausteine müssen je nach Bedarf in Anspruch genommen werden können und zertifiziert sein.

- ◆ Der demografische Wandel ist auch in Baden-Württemberg in vollem Gang: Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter sinkt. Das Land muss die ArbeitgeberInnen bei einer altersgerechten Personalentwicklungspolitik unterstützen.
- ◆ Die bisherige Landesregierung vergeudet die Potenziale vieler MigrantInnen: Im Ausland erworbene Abschlüsse und Qualifikationen werden zu selten anerkannt. Bereits erworbene Abschlüsse müssen verstärkt anerkannt und bei Bedarf durch Weiterbildungen für den deutschen Arbeitsmarkt angepasst werden. Wir wollen die bestehenden Strukturen der Arbeitsgemeinschaften für berufliche Fortbildung (Argen) für die Kompetenzfeststellung nutzen und passgenaue Qualifizierungsmaßnahmen als Bausteinsystem anbieten. Auch berufsbezogene Sprachkurse wollen wir fördern. Die Anerkennungsverfahren sind bislang undurchschaubar. Wir brauchen mehr Transparenz, sprich: einen mehrsprachigen Wegweiser, der auf den Internetseiten der zuständigen Landesministerien eingestellt wird. Überdies ist nicht zu akzeptieren, dass die Anerkennungsstandards der EU für Angehörige von Drittstaaten nicht gelten. [Link zu Kapitel 4](#)

Gute Arbeit schaffen

Jegliche Arbeit hat einen gesellschaftlichen Wert. Der zunehmenden Prekarisierung der Arbeitswelt müssen wir uns entgegenstellen, denn schon heute arbeiten 20 % der Beschäftigten unter unsicheren Bedingungen - mit steigender Tendenz. Wir wollen „Gute Arbeit“ und dafür muss ein Minimum an staatlich garantierten Standards eingehalten werden – für eine menschenwürdige Arbeitswelt und einem Klima ohne Angst und Verunsicherung.

Die Tarifautonomie ist ein hohes Gut. Die Realität ist aber: Die Tarifbindung nimmt ab. In immer mehr Branchen gibt es keine Flächentarifverträge. Mittlerweile ist die Zahl der von Tarifverträgen geschützten Beschäftigten bundesweit von über 80 Prozent auf heute 60 Prozent zurückgegangen. Es bedarf einer bewussten politischen Stützung durch mehr allgemeinverbindlich erklärte Tarifverträge, um ein Abrutschen der Löhne und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu verhindern.

Wir Grünen stehen zur Koalitionsfreiheit von ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen. Als Gewerkschaften akzeptieren wir nur solche, die auch eine Verhandlungsmacht besitzen und zum Wohle der ArbeitnehmerInnen agieren. Pseudogewerkschaften, die einzig gegründet wurden, um Verträge zu Lasten von ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmern abzuschließen, lehnen wir ab. Sie sind für uns keine Partner im Ringen um eine gerechte Arbeitswelt.

Unsere wichtigsten bundespolitischen Forderungen:

- ◆ **Mindestlöhne:** Um Lohndumping entgegenzuwirken, brauchen wir Mindestlöhne – auch in Baden-Württemberg. Wir fordern, einen gesetzlichen Mindestlohn, der von einer Mindestlohn-Kommission nach britischem Vorbild festgelegt wird. Vor allem Frauen werden davon profitieren. Neben dieser Lohnunterkante sind branchenspezifische Mindestlöhne notwendig, insbesondere mit Blick auf die vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit für EU-Bürger ab Mai 2011. Es geht um die Existenzgrundlage und Würde der Beschäftigten und letztlich auch um höhere Sozialversicherungseinnahmen und um geringere Sozialausgaben für so genannte "AufstockerInnen", deren geringer Lohn aus Steuermitteln auf das Niveau des Existenzminimums angehoben werden muss. Mindestlöhne sind auch ein wichtiger Baustein im Kampf gegen Altersarmut - denn gerade Beziehende niedriger Einkommen haben kaum eine Chance, ein Rentenniveau über der Grundsicherung zu erreichen. Letztendlich beenden Mindestlöhne auch Wettbewerbsverzerrungen zugunsten insbesondere mittelständischer Betriebe, die faire Löhne zahlen wollen und heute unter der Billigkonkurrenz leiden.

- ◆ **Progressivmodell:** Um Gering- und Durchschnittsverdiener von hohen Sozialabgaben zu entlasten, wollen wir ein Progressivmodell einführen. Es sieht vor, dass die Lohnnebenkosten sukzessive mit dem Einkommen steigen. Erst ab einem Einkommen von 2.000 Euro brutto sollen Sozialabgaben in voller Höhe anfallen. Dies bietet Anreize zur Schaffung von Arbeitsstellen und erleichtert auch Geringqualifizierten den Einstieg in den Arbeitsmarkt. Die 400-Euro-Jobs – die nicht selten in eine berufliche Sackgasse führen – sollen entfallen.
- ◆ **Befristete Beschäftigung:** Die Sicherheit von Beschäftigungsverhältnissen entscheidet über die individuelle Lebensplanung von ArbeitnehmerInnen, Realität ist aber, dass fast die Hälfte der Neueinstellungen nur noch in befristeten Arbeitsverträgen erfolgt. Jeder 11. Arbeitsvertrag hat ein Verfallsdatum – auch und sogar in den landeseigenen Unternehmen und in Schulen. Wir wollen die Befristungsgründe verringern und die Ausnahmeregelungen zur sachgrundlosen Befristung im Sinne der Beschäftigten abschaffen.
- ◆ **Lohndiskriminierung:** Wir wollen die Lohndiskriminierung bekämpfen. Arbeitsplätze müssen bundes- und landesweit geschlechterunabhängig bewertet werden.
- ◆ **Zeitarbeit:** Die Leiharbeit in Baden-Württemberg hat zugenommen. 2007 erreichte sie mit 90.000 von insgesamt 3,9 Mio. sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten ihren vorläufigen Höhepunkt. Wir wollen die Leiharbeit wieder zu dem machen, was sie ursprünglich sein sollte: ein zeitlich begrenztes Mittel zur Überbrückung großer Auftragsschwankungen in Unternehmen. Leiharbeit darf nicht zu Lohndumping führen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften setzen wir uns für gleiche, tarifliche Löhne für gleiche Arbeit ein. Es muss verhindert werden, dass Stammarbeitskräfte durch ZeitarbeiterInnen ersetzt werden. Wir wollen durchsetzen, dass die konzerninterne gewerbsmäßige Arbeitnehmerüberlassung gesetzlich untersagt wird. Die Tarifpartner in der Zeitarbeitsbranche sollen einen Branchenfonds einrichten, aus dem Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für Zeitarbeitskräfte finanziert werden.
- ◆ **SGB II:** Wir wollen die Regelsätze beim Arbeitslosengeld II und beim Sozialgeld erhöhen. Ebenso wollen wir die Beibehaltung des Heizkostenzuschusses für WohngeldempfängerInnen und sprechen uns gegen die Streichung des Elterngeldes und der Rentenversicherungsbeiträge aus. Wir Grünen setzen uns für ein Sanktionsmoratorium im SGB II ein. Die jetzt geltenden Sanktionsregeln dürfen nicht weiter verschärft werden. Der Grundbedarf, der für eine Teilhabe an der Gesellschaft notwendig ist, darf nicht angetastet werden. Extreme Sanktionsmöglichkeiten gegen Menschen unter 25 Jahren müssen zurückgenommen werden. Arbeitsangebote sollen den tariflichen und ortsüblichen Löhnen entsprechen.
- ◆ **Beschäftigungsperspektiven für Langzeitarbeitslose:** Wir brauchen einen verlässlichen zweiten Arbeitsmarkt, der langzeitarbeitslosen Menschen eine Perspektive gibt. Wir wollen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse schaffen, von denen die Gesellschaft profitiert, die aber nicht in Konkurrenz zur Privatwirtschaft stehen. Finanzierbar ist das Angebot durch eine Aktivierung der Transferleistungen. Wir wollen – wo möglich – Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit finanzieren.
Auch für stark leistungsgeminderte Menschen, die oft nur wenige Stunden in der Woche arbeiten können, hat Arbeit einen sehr hohen Stellenwert. Wir brauchen ein breites Spektrum an Angeboten: z. B. Förderung des Ehrenamtes, gezielte Beschäftigungs- und Qualifizierungsangebote und dauerhafte Arbeitsplätze im dritten Sektor. Auf diesen Wegen können Perspektiven für langzeitarbeitslose Menschen mit teilweise schweren Einschränkungen entstehen.
- ◆ **Datenschutz:** Die Bespitzelungs- und Überwachungsskandale haben den Bedarf an einem eigenständigen Beschäftigtendatenschutzgesetz deutlich gemacht. Die Persönlichkeitsrechte der Beschäftigten müssen endlich effektiv geschützt werden. Ein moderner und durchsetzungsfähiger Beschäftigtendatenschutz muss praxisnah und durchführbar sein, aber darf keine einseitigen Zugeständnisse an die Arbeitgeberseite machen. Denn Vertrauen ist eine wichtige Ressource im Arbeitsleben und beruht immer auf Gegenseitigkeit. Daher wollten wir auch die umfassende Datenweitergabe durch den elektronischen Entgeltnachweis (ELENA) aussetzen. Zwar kann ein gut gemachter elektronischer Entgeltnachweis einen Beitrag zur Entbürokratisierung leisten, Verwaltungsverfahren vereinfachen und so allen Beteiligten nutzen.

Zum 1.1.2011 wurden die Jobcenter neu organisiert. Wir GRÜNEN haben auf allen politischen Ebenen dafür gekämpft, dass die Jobvermittlung für Arbeitssuchende, Jugendliche und Langzeitarbeitslose und die Betreuung ihrer Familien weiterhin in einer Hand bleiben. Der Gestaltungsspielraum der Kommunen muss erhalten bleiben, ihnen dürfen keine Mehrkosten entstehen. Programme der Bundesagentur für Arbeit sind so flexibel auszugestalten, dass die Unterstützung sich an den jeweiligen individuellen Lebenslagen und der regionalen Arbeitsmarktsituation orientieren kann.

Die Umgestaltung der Jobcenter eröffnet dem Land neue Einflussmöglichkeiten. Wir setzen uns dafür ein, dass Baden-Württemberg die Auswahl der Optionskommunen transparent gestaltet und alle Stadt- und Landkreise beim Umstellungsprozess unterstützt. Als Aufsichtsbehörde sollte das Land Zielvereinbarungen mit den Optionskommunen treffen, die eine individuelle Beratung und Vermittlung vor Ort ermöglichen. Denn unser Ziel ist eine regionale Arbeitsmarktpolitik mit individueller Unterstützung für alle, die sie brauchen.